

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.20
monatlich 40 Pf.
bei allen wirtsch. Postanstalten
und Bote im Orts- u. Land-
barortverkehr vierteljährlich M. 1.
ausserhalb desselben M. 1.
hiezuz Bestelldgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verständigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meßstern,
Enzklösterle u.
mit
amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 3 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg. die klein-
spaltige Garmondzeile.
Reklamen 15 Pfg. die
Peltzeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Abonnements
nach Uebereinkunft
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 99

Dienstag, den 30. April

1907.

Deutscher Reichstag

Berlin, 27. April.

Am Bundesratstag Staatssekretär Krätke.
Präsident Stolberg eröffnet die Sitzung 11 Uhr.
Die Staatsberatung wird beim Postetat fortgesetzt.
Dröschner (kons.) führt aus, das finanzielle Ergebnis des neuen Postetats sei ein glänzendes; der Ueberschuss betrage über 82 Mill., das sei eine Steigerung von 26,4 Proz. gegen das Vorjahr. Die Einnahmen aus dem Porto betragen 4,8, aus den Telegrafengebühren 8,15 und aus den Fernsprechgebühren 15,6 Proz. Wenn auch seine Partei keine Herabsetzung des Ortspostos wünsche, so wäre doch eine Herabsetzung der Fernsprechgebühren auf dem platten Lande zu begrüßen, ebenso sei besonders für die Landwirtschaft die Erweiterung des Wetterdienstes erwünscht. Die Vermehrung der Beamtenstellen müsse man energisch betreiben. In der Vermehrung der unteren Beamtenstellen zeige sich ein sozialer Zug, der freudig zu begrüßen sei. Die im Etat für 1907 vorgesehenen Gehaltsaufbesserungen seien außerordentlich laug. Anerkannt werden müsse, daß die Postverwaltung bemüht sei, die Dienstzeit der mittleren und unteren Beamten möglichst herabzumindern. Die Versuche der drahtlosen Telegraphie verfolge seine Partei mit großem Interesse. Der Resolution Ablaß auf 1/2fache Vergütung des Diensts nach 8 Uhr abends und des Diensts am Sonn- und Feiertagen schloße sich seine Partei an, der anderen freisinnigen Resolution, die gänzliche Umgestaltung der Beamtenlaufbahn betr., vermöge er nicht zuzustimmen. Die hohen, gehobenen Stellen für die unteren Beamten müssen beseitigt werden, um der Unzufriedenheit von Grund aus zu begegnen. Die Gehälter der oberen Beamten seien zum Schaden des ganzen Beamtenstands erheblich zurückgeblieben gegenüber dem Einkommen der privaten Berufsstände. Dringend verbesserungsbedürftig sei die Lage der Beamtinnen, besonders der Telefonistinnen. Der Resolution der Budgetkommission, die eine Gehaltsaufbesserung für die unteren und mittleren Beamten vorsehe, stimme seine Partei zu.
Kämpf (fr. Vpt.) begrüßt den Beschluß des letzten Weltpostvereinskongresses, der eine Herabsetzung des internationalen Portos und eine Herabsetzung der Briefgewichtsgrenze von 15 auf 20 Gr. vorsieht. England habe das Pennyporto; wenn wir für unsere Kolonien ebenfalls das ermäßigte Porto haben, dann sollte es auch im übrigen internationalen und überseeischen Verkehr möglich

sein. Man sollte den Inlandsverkehr auch auf die Nachbarländer ausdehnen, wie das z. B. bei Oesterreich der Fall ist. Der Redner tritt dann für Einführung eines Postschweffens für Private ein.
Staatssekretär Krätke spricht seine Freude über die Stellung der Liberalen in der Frage des Postverkehrs aus. Bezüglich einer Ermäßigung des internationalen Briefportos teile er den Standpunkt Kämpfs. Das Porto auf dem Lande zu ermäßigen, sei die Regierung bereit.
Gamp (Apt.) wünscht Vorlegung eines Postparlamentsgesetzes. Die ungerechtfertigt hohen Telefongebühren auf dem Lande müssen beseitigt werden. Seine Partei beantrage die Osmarkenzulage für die Postbeamten. Um wenigstens etwas zu erreichen, werde seine Partei für den freisinnigen Antrag stimmen. Der Redner tritt dann für Aufbesserung der Beamten und namentlich der Landbriefträger ein.
Staatssekretär Freih. v. Stengel: Die Osmarkenzulage sei von der Regierung in den Etat nicht mehr eingestellt worden, weil sie in den Jahren 1904 und 1905 vom Reichstag abgelehnt wurde.
Samerher (Ztr.) spricht sich gegen eine Herabsetzung der internationalen Postgebühren aus, befürwortet dann die Resolution Komplex betr. Erleichterung der Telephoneinrichtungen und Benutzung in den kleinen Ortschaften und stimmt der Resolution Ablaß zu. Der Redner bringt eine Reihe von Einzelwünschen der Postbeamten namentlich bezüglich der Festsetzung des Wohnungsgeldzuschusses. Die Eingriffe der Postbehörde in politische Dinge müssen streng verurteilt werden, so bei Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Bevorzugung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Dahin gehörten auch die Wahlbeeinträchtigungen seitens der Behörden. Das Verbot der Koalitionsfreiheit für die Beamten müsse schleunigst aufgehoben werden.
Duffner (Ztr.) begründet die Resolution betr. Erleichterung der Telephoneinrichtungen, in den kleinen Ortschaften und tritt für Gehaltsaufbesserung der Postbeamten und Telefonistinnen ein. Hoffentlich werden die Beamten diesmal nicht wieder mit wohlwollenden Erklärungen abgefeilt.
Montag 3 Uhr Weiterberatung; vorher Beamtengefeß.
Schluß 1/2 Uhr.

Württ. Landtag

Stuttgart, 27. April.

Präsident v. Payer eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Am Regierungstisch: Justizminister v. Schmidlin und Kommissare.
Beurlaubt: Schid.
Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung über den
Justizetat.
Abg. Maier-Ulm (Sp.): Dringend wünschenswert ist eine Beschleunigung und Vereinfachung des amtsgerichtlichen Verfahrens, aber auch eine Vereinfachung. Die Sondergerichte erinnern an mittelalterliche Zustände; sie sollten mit den Amtsgerichten wieder verschmolzen werden. Zu verwerfen sei die Erhöhung des Streitwertes innerhalb der Kompetenz der Amtsgerichte. Bei der Strafsjustiz genügen die Bestimmungen des Gesetzes nach mancher Richtung hin nicht mehr. Vor allem sollte dem Angeklagten im Laufe der Voruntersuchung ein größerer Schutz zu teil werden. Die Gerichtsschreiber sollten alle stenographieren können; dann würden auch die Zeugnisaussagen richtig wiedergegeben. Die Person des Staatsanwalts hat oft eine große Wirkung auf die Zahl der Schwurgerichtsfälle, je nachdem einer mehr oder weniger scharf vorgeht. Der Zeugniszwang gegen die Presse muß beseitigt werden. Dieser Rechtszustand verdirbt gegen die öffentliche Moral. Das geht am besten daraus hervor, daß derjenige, der das Zeugnis verweigert, allgemein geachtet wird, während derjenige, der sich dem Gesetze fügt, der allgemeinen Verachtung anheimfällt. Von der bedingten Begnadigung sollte ein größerer Gebrauch gemacht werden. Die Altersgrenze der Strafmündigkeit sollte erst mit 14 Jahren eintreten. Der bedingte Begnadigung ziehe er die bedingte Verurteilung vor. Die Gewissenhaftigkeit der Richter bezweifle er nicht. Erfreulich sei das wachsende Verständnis für sozialpolitische Verhältnisse. Der Richter macht die Gerechtigkeit nur dann zum Fundament des Staates, wenn er Recht und Freiheit des Bürgers schätzt und das Vertrauen des Volkes hat.
Abg. Kembo (d-Nalen (Ztr.): Der Antrag seiner Partei betr. die Erweiterung der Kompetenz der Amtsgerichte sei mißverstanden worden; es werde da nur eine Höchstgrenze genannt, über die nicht hinausgegangen werden soll. Werde eine Berufungssumme eingeführt, so werde

Der Jugend wird oft der Vorwurf gemacht, sie glaube immer, daß die Welt erst mit ihr anfangt. Wahr. Aber das Alter glaubt noch öfters, daß die Welt mit ihm anfänge. Was ist schlimmer?
Hebbel.

Wenn der Frühling kommt.
Roman von Margarete Böhm.
(Nachdruck verboten.)
(Fortsetzung.)

Ein dunkler, stürmischer Herbst und ein langer, kalter, oder Winter folgten einander. An einem nassen, melancholischen Märztag wurde in der „Villa Liselotte“, wie Fendell sein Haus in Lichterfelde genannt hatte, ein toter Knabe geboren. Liselotte hatte viel gelitten. Die letzten Monate hatte sie auf Befehl des Arztes fast ausschließlich im Bett zugebracht. Nach der Entbindung war sie so angegriffen, so schwach und apathisch, daß die Mitteilung der Wärtlerin von der Totgeburt kaum ein mäßiges Interesse bei ihr erweckte. Fendell war sehr niedergedrückt von dem Fehlschlag; er hatte sich so auf den Jungen gefreut, nun war es mit der Hoffnung auch vorbei.
Seine berühmte Saune hatte während des Winters viel von ihrer urwüchsigsten Frische eingebüßt. Die Krankheit seiner Frau hatte verstimmend und lähmend auf ihn gewirkt. Wie die meisten Menschen seines Schlages hegte er eine unüberwindliche Abneigung gegen alles Leidende, Kranke, Schwermütige. Die Krankenstubeatmosphäre fiel ihm auf die Nerven. Er liebte einen frischen, lustigen, burlesken Ton im Hause, heitere Gespräche, lautes Lachen, fröhliche Augen; nichts war ihm so zuwider als die gezwungene Rücksichtnahme auf lebende Personen, die eine Eindämmung seiner natürlichen Neigungen und seiner Individualität bedingten.
Ohnehin war nicht alles wie früher zwischen Li und ihm.
Von jenem ersten Zwist in Besterland war ein kleiner Bodenfaß geblieben, der nicht weichen wollte. Ein paarmal hatte er damals noch ärgerliche Auseinander-

setzungen gegeben, weil Liselotte, seinem ausdrücklichen Wunsch entgegen, noch einige Male mit Frau von Lubingen zusammentraf, aber im Grunde nahm er solche kleinen Konflikte nicht von der schweren Seite.
Lieber Himmel — in den besten Ehen kommen einmal Meinungsverschiedenheiten vor, darüber weg geht man zur Tagesordnung; wenn Li nur nicht die verfluchte seriöse Art gehabt hätte, die gar keine harmlos lustige Plauderei mehr aufkommen ließ. Wenn sie ihn mit großen, goldenen Augen so fest und eindringend ansah, spürte er ein nervöses Krabbeln in den Händen, sie zu packen und sie anzuschreien: „Sieh mich nicht so an. Sei wieder die Li, die ich haben wollte, als ich dich heiratete...“
Aber der schonungsbedürftige Zustand seiner Frau legte ihm Rücksichten auf, denen er sich, wenn auch grollend unterordnen mußte. Er hatte sich seine Ehe so anders gedacht. Bisweilen redete er sich ein, daß Li damals nur Komödie gespielt habe und sich jetzt erst in ihrem wahren Wesen zeigte. Dabei konnte er ihr eigentlich keine Vorwürfe machen. Der Haushalt ging unter ihrer Leitung wie am Schnürchen; sie war sanft, freundlich und zuvorkommend, trotz allem war sie nicht die Li, die er früher gelannt hatte.
Im Winter kamen die Verwandten aus Lachdietenbach, der Bruder mit seiner Frau und Schwester Villa, einige Wochen auf Besuch nach Lichterfelde. Liselotte mußte während der Zeit das Bett hüten, und Villa und die Schwägerin, die genaue Einsicht in den Haushalt nahmen, äußerten sich dahin, daß sie sich nach allem, was sie bisher von Li gehört, von ihrer Tüchtigkeit und Sparsamkeit noch ein anderes Bild gemacht hatten. Die Schwägerin brauchte nur die Hälfte Wirtschaftsgeld, und man lebte dabei auch nicht wie Lunde. Fendell nahm seine Frau in Schutz. Ein Haushalt in Berlin und einer in Lachdietenbach, da sei kein Vergleich am Platze, trotzdem gab er im stillen der Schwägerin nicht unrecht; ein bißchen sparsamer hätte Li wirtschaften dürfen, aber das war gewiß das wenigste.
Manchmal philosophierte er sich in eine zornwütige Stimmung hinein. Wo fehlte es denn eigentlich? Rirgends! Man hatte, was man brauchte. Eine hübsche eigene Villa, eine gediegene Käuslichkeit, ein blühendes

Geschäft, keine Schulden, keine Sorgen, — ja, was war denn überhaupt noch zu wollen? War es nicht zum Lärzureichen, daß man sich gegenzeitig das Leben vererbt, anstatt es zu genießen, so lange es noch Zeit ist? In solchen Momenten machte seine Reizbarkeit sich Li gegenüber Luft. Sie erschrak bei solchen unvermittelten Ausbrüchen seiner süßen Saune, suchte bei seinen oft nicht sehr gebührenden Ausdrücken zusammen und — schwieg. Und gerade das brachte ihn erst recht auf; diese „Märtyrerinnenmienen“ war ihm in den Tod verhaßt.
Dann wieder beruhigte er sich bei dem Gedanken, daß alles anders werde, wenn der Junge erst da wäre. Nun war es damit vorbei.
Es wurde April, bevor Liselotte aufstehen konnte. Schwach und schonungsbedürftig blieb sie noch lange Zeit.
Zu Ostern hatte Viktor sein Bauführereexamen machen wollen und war durchgefallen. Fendell war empört darüber, und als Viktor wieder nach Lichterfelde hinaus kam, gab es zwischen den beiden Schwägern eine erregte Szene. Liselotte suchte vergebens zu vermitteln. Obgleich sie wußte, daß die Vorwürfe ihres Mannes nicht ungerechtfertigt waren, verletzte sie doch die rücksichtslos, fast brutale Weise, in der er mit ihrem Bruder umsprang. Schließlich war Viktor doch kein Kind mehr, der sich beschimpfen und moralisch ohrfeigen ließ. Zudem machte ihr des Bruders Gesundheitszustand ernstlich Sorge; Viktor hatte seit langer Zeit einen unheimlichen Husten, klagte über Bruststiche, warf zuweilen etwas Blut aus und sah auffallend elend aus.
Liselottes Einmischung und ihre Parteinahme für den Bruder brachten Fendell erst recht auf. Als Viktor gegangen war, kam es zwischen dem Ehepaar zu einem heftigen Wortwechsel, der sich durch Fendells Schreien und Toben zu einer wilden Lärmzene zuspizte. Zum erstenmal während der neunzehnjährigen Ehe brach bei dem Mann die Proletariatswut mit elementarer Gewalt durch. Ein Tagelöhner schmutziger Schimpfworte prasselte auf Liselotte nieder, dann krachte er die Tür hinter sich ins Schloß und raunte aus dem Hause. Spät in der Nacht kam er zurück, und als Liselotte am Morgen erwachte, war er schon wieder fort ins Geschäft.
(Fortsetzung folgt.)

ein neuer Streitstoff in die Prozesse getragen. Das Stenographieren werde eine Besserung mit sich bringen, wenn auch nicht alle Mängel beseitigen. Wegen die Erhöhung des Alters der Strafmündigkeit gibt es wesentliche Bedenken. Es wird stets geprüft, ob die nötige Einsicht vorhanden war. In den Rechtsanwaltsfamilien herrscht oft Not und Elend. Betont muß auch werden, daß die Bezüge der Anwälte die alten sind, obwohl sonst überall Gehaltsaufbesserungen eingetreten sind. Man macht sich von unseren Verhältnissen oft falsche Begriffe. Redner bittet, der Resolution betr. Haftung bei Automobilunfällen zuzustimmen. Die Industrie würde unter dieser Haftung nicht zu leiden haben. Auch wir klagen, daß die Arbeitersekretäre von den Amtsgerichten mitunter wie Winkeladvokaten behandelt werden. Für die Sondergerichte sind wir, solange nicht Laien zu den ordentlichen Zivilgerichten zugezogen werden. Wir denken uns die Amtsgerichte der Zukunft so, daß je nach dem Fall entsprechende Schöffen zugezogen werden. Wegen die Erweiterung der Kompetenz der Gemeindegerichte spricht vor allem, daß der Gemeinderichter keine genügende juristische Bildung hat. In kleinen Gemeinden liegt auch die Gefahr privater Beziehungen und der Ungerechtigkeit nahe. Die Zunahme der jugendlichen Verbrecher sei eine leidige Tatsache. Eine große Schuld tragen auch die unzüchtigen, schamlosen Darstellungen, mit denen unser Land immer mehr überflutet wird. Eine weitere Aufgabe ist die Hilfe für entlassene Strafgefangene. Ein Asyl sollte geschaffen werden, wo diese armen Menschen geschützt sind gegen die Lieblosigkeit anderer. Die evangelische Kirche hat ihre Diakonen, die katholische die Männerorden, denen dieses Gebiet geöffnet werden sollte. Die Kontrolle soll dann dem Staat bleiben. (Bravo.) Ich bitte den Minister, diesem Gedanken nachzugehen.

Hausmann-Balingen (Sp.) betont unter Hinweis auf den seinerzeit von dem Abg. Gröber erwähnten Fall von Verhängung der Untersuchungshaft, daß hier im Interesse der beteiligten Richter festgestellt werden müsse, daß gegen diese Richter weder objektiv noch subjektiv irgend ein Vorwurf zu Recht erhoben werden konnte. Die Revision in Strafsachen sei ein heiliges Rechtsmittel mit außerordentlich geringem Wert geworden; die meisten Revisionen würden verworfen. Durch manche Richter werde der Tatbestand gestreckt, damit das Urteil unanfechtbar werde. Hinsichtlich einer Aenderung der Kompetenz der Gerichte müsse man außerordentlich vorsichtig sein. Die Darlegungen verschiedener Redner über die Lage des Anwaltsstandes seien durchaus zureichend. Die Hauptsache in unserer Rechtsprechung sei, daß die Juristen gebildete Männer seien. Ein Jurist, der nur Jurist sei, habe seinen Beruf verfehlt. (Beifall.)

Gröber (Ztr.): Er habe in dem von Hausmann erwähnten Fall nicht dagegen sich ausgesprochen, daß überhaupt eine Untersuchungshaft verhängt wurde, sondern daß erst nach 3 oder 4 Wochen nach Verhängung der Untersuchungshaft ein Augenchein vorgenommen worden sei. Um einen Angriff gegen die betr. Untersuchungsrichter habe es sich nicht gehandelt.

Mälberger (D. P.) berichtet eine Äußerung Rembolds.

Hausmann-Balingen: Die anfängliche Untersuchung des Augencheins in dem genannten Fall sei nicht von ursächlicher Bedeutung gewesen. Die Einstellung des Verfahrens hing hier von anderen Ursachen ab, als wie Gröber irrtümlicherweise annehme.

Mattulat (Soz.) zieht seinen gestern mitgeteilten Antrag zurück und ersetzt ihn durch folgenden: Die Kommerz wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, den Ständen eine Gesetzesvorlage zugehen zu lassen, welche die Zuständigkeit der Gemeindegerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche an Geld und Geldeswert auf die gesetzliche Höchstgrenze von Mark 60 in Gemeinden 1. und 2. Klasse ausdehnt.

Bogt (Bd.) gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Studenten nicht nur mit Bierstudien, sondern auch mit sozialen Dingen z. sich beschäftigen. Es wäre wünschenswert, wenn die Studenten auch kaufmännische und technische, sowie landwirtschaftliche Betriebe kennen lernen würden. Bezüglich der Automobilschäden liege für Württemberg keine Veranlassung vor, die Reichsregierung besonders scharf zu machen. Durch die Rekarfulmer Werke werden gegenwärtig 700 Arbeiter beschäftigt und diese Industrie dürfe nicht durch Gesetzesverschärfung zurückgeschraubt werden.

Eisele (Sp.): Die landwirtschaftlichen Wähler werden dem Abg. Bogt für sein Eintreten für die Automobilindustrie keinen großen Dank wissen. (Santer (Ztr.): Sehr richtig! Stürmische Heiterkeit.)

Bogt (Sp.): Die in Aussicht stehende Reform des Gerichtsvollzieherwesens werde hauptsächlich von den Gemeinden begründet, die wie Heilbronn durch die Verschleppung eines Gerichtsvollziehers schwer geschädigt wurden. Früher im Jahre 1899 und 1903 habe der Justizminister ausdrücklich erklärt, daß der Gerichtsvollzieher dem Gläubiger gegenüber nicht als Beamter gelte. Die Gemeinden haben das geglaubt und seien dadurch in schweren Schaden gekommen. Deshalb sei es jetzt Pflicht der Regierung, den schwerbetroffenen Gemeinden den Schaden zu ersetzen, der ihnen durch unter staatlicher Aufsicht stehende Beamte erwachsen sei. Der Regierung werde von der Stadt Heilbronn eine Eingabe um Ersatz zugehen, die Regierung werde diese Haftpflicht nicht ablehnen können. In größeren Städten könne man ohne berufliche Pfleger und Vormünder nicht auskommen. Die Kosten derselben sollten aber vom Staat getragen und nicht den Gemeinden aufgebürdet werden. Bei Sterbefallanzeigen auf dem Standesamt sollte nicht das nächste Familienmitglied gezwungen sein, die Anzeige zu erstatten. Mit Bogt's industriefreundlichen Ausführungen sei er einverstanden, er wünsche nur, daß Bogt es verstehe, die Liebe zur Industrie auf seine Freunde vom Bauernbund zu übertragen. Die Volkspartei sei gegen die lex Heinze und gegen eine lex Rören gewesen; sie werde auch gegebenenfalls gegen eine lex Rembold sein.

Dr. Bauer (Sp.) kommt auf die von der Staatsanwaltschaft vertretene Auffassung des öffentlichen Interesses zu sprechen und verbreitet sich sodann über die

Frage der verminderten Zurechnungsfähigkeit. Das Verständnis für diese Zwischenstufe müsse bei den Kriminalisten mehr gefördert werden. Zur Leitung von Anstalten für entlassene Strafgefangene seien Orden und Geistlichkeit nicht besonders geeignet. Auch auf dem Gebiet der Irrenpflege sei von den geistlichen Leitern glänzend Fiasco gemacht worden. Der gegebene Leiter für Anstalten für entlassene Strafgefangene der Kriminalist. Es sei sehr schwer gegen die pornographische Literatur einzuschreiten, weil man eine Schädigung der Kunst nicht herbeiführen dürfe. Es müsse auch betont werden, daß dem Keinen alles rein sei. (Zuruf Gröbers: Und dem Schwein alles Schweinerei!) Die Rupturienten sollten gegenwärtige Gesundheitsatteste austauschen, was viel wichtiger sei, als Eheverträge. (Beifall links.)

Reil (Soz.): Das Vertrauen der Bevölkerung zu den Gerichten sei erhöhungsbefürhtig. Die Bezeichnung Ehrenamt schließe die Gewährung einer Entschädigung an Schöffen und Geschworene nicht aus. Man dürfe sich hier nicht so sehr von der Rücksicht auf Preußen leiten lassen. Er hätte gegen eine Zusammenlegung der Sondergerichte mit den ordentlichen Gerichten schließlich nicht viel einzuwenden, aber die Vorteile der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte müßten erhalten bleiben. Gegenüber dem Abg. Rembold bemerke er, daß Sittlichkeitsverbrechen auch da vorkommen, wo die Leute statt unsittlicher Postkarten die Heiligenbilder ansehen. Der konservativ-liberalen Paarung sei im Reichstag gestern der magere Lohn geworden durch Vorlage des Gesetzesentwurfs über die Majestätsbeleidigungen. Der Majestätsbeleidigungsparagraph sollte überhaupt abgeschafft werden.

Dies wird abgebrochen. Die Weiterberatung findet in der nächsten Sitzung Dienstag nachm. 3 Uhr statt.

Landesversammlung der Deutschen Partei Stuttgart, 29. April.

Die Deutsche Partei hielt am gestrigen Sonntag im Festsaal der Liederhalle ihre Landesversammlung, die gut besucht war. Zu Beginn der Versammlung teilte Reichs- und Landtagsabg. Dr. Sieber mit, daß der Reichstagsabg. Wasserjann leider nicht habe erscheinen können. Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde sodann Landtagsabg. Küssel gewählt. Im Anschluß an seine Begrüßungsrede gab Abg. Dr. Sieber einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit des Landtags und über die politische Lage im Reich. Die Rolle, welche die Frage der Präsidentschaftswahl im würt. Landtagswahlkampf gespielt habe, habe der Volkspartei schon im Wahlkampf zu Erfolgen verholfen. Die Deutsche Partei sei bei dem Zusammentritt des Landtags politisch zu Flug gewesen, um aus den Händen des Zentrums und der Konservativen den aus dem Präsidentschaftswahl dargebotenen Präsidentschaft anzunehmen und die Deutsche Partei habe es als das richtige erachtet, den bewährten seitherigen Präsidenten der Abg. Kanauer wieder auf seinen Sitz zu erheben. Der Redner besprach sodann die Bahnhofsfrage, bei der keine Veranlassung für politische Auseinandersetzungen im engeren Sinne vorliege, wie dies auch für die Vorlage betr. Aufbesserung der Beamtengehälter gelte, die zweifellos eine überwältigende Mehrheit im Landtag finden werde. Die Vorwürfe, welche der Deutschen Partei während des Landtagswahlkampfes gemacht worden seien, daß sie es nämlich an der Fürsorge für die Beamten hätte fehlen lassen, habe draußen im Land niemand ernsthaft geglaubt, denn die Deutsche Partei habe sich hierin überhaupt von niemand übertraffen lassen. Bei der Schulgesetzgebung werde es sich im Landtag darum handeln, in der Bezirksschulaufsicht die fachmännische Aufsicht zur Einführung zu bringen. Hier sei in der Tat der bisherige Zustand ein unerträglich. Die Frage der Simultanschule werde bei den Schulkämpfen im Landtag bei weitem nicht die Rolle spielen, wie vielleicht manche annehmen werden. In den weitesten Kreisen unseres würt. Volkes sei ein besonderes Interesse für die Simultanschule nicht vorhanden. (?) Der Erfolg bei den Reichstagswahlen habe gezeigt, daß die Auflösung vom 13. Dezember ein kluger Schritt gewesen sei. Nicht allein die Partei der Reichswähler habe bei den Reichstagswahlen vom 25. Januar die Entscheidung herbeigeführt, sondern dieser entscheidende Ausfall der Wahlen sei herbeigeführt worden durch das Aufwachen des deutschen Bürgerturns (Beifall). Koffentlich werde auch in den Kreisen des links von den Nationalliberalen stehenden Liberalismus die Ueberzeugung eine dauernde sein, daß der kolonialpolitische Gedanke ein unüberwindlicher Bestandteil unserer nationalen Politik sein müsse. Es sei sehr erfreulich, daß man in diesen linksliberalen Kreisen, wo noch vor 2 Jahren ganz entgegengesetzte Ansichten laut geworden seien, so umgelernt habe. Im Reichstag trete die Sozialdemokratie, seit sie bei den letzten Wahlen so gründlich auf's Haupt geschlagen worden sei, um vieles bescheidener auf als bisher (Große Heiterkeit.) Aus der Niederlage der Sozialdemokratie ergebe sich von selbst eine Zurückdrängung des Zentrums. Die erste Tat der neuen Reichstagsmehrheit sei gewesen, daß man dem Zentrum das Präsidium abgenommen habe, was eine etwas schmerzliche Operation gewesen sei. (Große Heiterkeit.) Der größte positive Erfolg sei jedoch darin zu erblicken, daß die freisinnige Linke den nationalen Fragen zugänglich gemacht wurde. Von einzelnen Entgleisungen abgesehen, habe sich die Konservativ-Liberale Paarung bis jetzt im Reichstag gut bewährt. Der Beweis, daß es im Reichstag auch ohne Zentrum gehe, sei erbracht worden. In gewissen Kreisen müsse man eine Reihe blutleerer, doktrinäer Ansichten ablegen (namentlich in den am Sieber. Red.); der Hauptgegner bleibe aber das Zentrum, das seine ablehnende Haltung am 13. Dezember vorigen Jahres nur deshalb eingenommen habe, um seinem Machtwort zu fröhnen. Er müsse bei diesem Anlaß auch feststellen, daß es sich bei dem Kampf gegen das Zentrum in keiner Weise um kirchliche oder religiöse, sondern lediglich um nationale Fragen handle. Ein zersetzender Einfluß auf die neueren politischen Mehrheitsbildungen werde von jenen Kreisen ausgeht, die in einem Anschluß an die Sozialdemokratie das Ziel des Liberalismus erblickten. Die National-Liberale Partei habe

keinen Grund, auch nur einen Finger breit von ihrer bisherigen Politik abzuweichen. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf verbreitete sich Reichstagsabg. Wegel über die Lage im Reich. Auf die von England angeregte Frage der Abrüstung dürfe man sich nicht festlegen lassen. Wir Deutsche wollen den Frieden, man soll aber auch uns im Frieden lassen. In seinen weiteren Ausführungen zählte der Redner die verschiedenen politischen Fragen auf, welche den Reichstag in letzter Zeit beschäftigten. Des weiteren schilderte er die einzelnen Verhandlungen des Reichstags und erwähnte namentlich auch die Rede Kaumanns, dem er die größte Hochachtung entgegenbringe. Kosadawsky habe die Reichstagsrede Kaumanns fast mittelidig lächelnd als ein philosophisches Gemälde bezeichnet und betont, daß sich die Wirklichkeit viel nüchterner ausnehme.

An die Rede schloß sich eine längere Pause, worauf Parteisekretär Kleinath den Geschäftsbericht zur Kenntnis brachte. Hiernach sind im abgelaufenen Jahr 5 neue Ortsvereine der Deutschen Partei gegründet worden. In einzelnen Gegenden liege aber die Organisation der Deutschen Partei noch sehr im argen. Es sei keine rühmliche Tat der liberalen Vereine gewesen, wenn durch sie, die von ihnen nicht geschaffen und nicht einmal gefördert Lage des Zusammengehens der liberalen Parteien ausgenutzt worden sei, mit verwirrenden nationalsozialen Ideen Propaganda zu machen. Zum Schluß appellierte der Redner an die Versammlung hinsichtlich des Beitritts zur Deutschparteilichen Organisation.

Vor Schluß des Parteitags gab es sodann noch einen bemerkenswerten Zwischenfall. Oberförster Schleicher-Ebingen erbat sich das Wort, worauf der Vorsitzende erklärte, daß er Herrn Oberförster Schleicher als „Gast“ das Wort erteile. Daraufhin bemerkte Oberförster Schleicher, daß er auf das Wort verzichte, wenn es ihm nur „als Gast“ erteilt werden solle. Er sei allerdings aus dem Ortsverein der Deutschen Partei in Ebingen ausgetreten, aber er betrachte sich nach wie vor als Mitglied der Landespartei. Parteisekretär Kleinath verlas sodann einen Zeitungsartikel von Oberförster Schleicher, worin eine Meldung des Schwäbischen Merkurs über eine Versammlung des Liberalen Vereins in Ebingen in längeren Ausführungen berichtigt wurde. Des weiteren hob der Parteisekretär hervor, daß Oberförster Schleicher aus dem deutschparteilichen Ortsverein in Ebingen ausgetreten sei und die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft der Landespartei nicht erfüllt habe. Er habe sich weder beim Landesauschuß als Mitglied gemeldet, noch Beiträge hieher bezahlet. Auch sei er nicht Mitglied des Landesauschusses, wie es in dem betr. Artikel heiße. Hierauf ergriff Oberförster Schleicher nochmals das Wort und legte dar, daß er den Artikel im Interesse der Deutschen Partei und der liberalen Einigung veröffentlicht habe, nachdem ihm diese Berichtigung mit der Bitte um Kürzung vom Schwäbischen Merkur zurückgegeben worden sei. Eine Kürzung habe sich im Interesse der Sache nicht vornehmen lassen und auch die Zeit vor der Landesversammlung wäre zu kurz gewesen. Die Bezeichnung als Mitglied des Landesauschusses rühre in dem betr. Artikel von der Redaktion der Red.-Ztg. her. Auf Grund seiner früheren langjährigen Tätigkeit und auch auf Grund seiner jetzigen Stellungnahme habe er sich für berechtigt gehalten, als Mitglied der Landespartei sich noch zu betrachten. Die Einwände des Parteisekretärs hingegen seien doch rein formaler Art. (Der Redner, der bei seinem zweiten Auftreten lärmend unterbrochen wurde, verließ hierauf den Saal.)

In einer Schlußansprache betonte sodann Abg. Dr. Sieber, daß die Deutsche Partei ihren einzelnen Mitgliedern gegenüber stets die weitgehendste Toleranz an den Tag gelegt habe, daß es aber notwendig sei, bei abweichenden Meinungen dem Gesamtwillen einer Organisation sich unterzuordnen. Hierauf wurde die Versammlung, an die sich ein gemeinschaftliches Essen schloß, für geschlossen erklärt.

Zusätze.

Die Quadrupel-Allianz hat in Cartagena das Licht der Welt erblickt. Das heißt nicht der „Bierbund“ selbst, sondern nur das Gerüde darüber. Erst vorgestern ist hier festgestellt worden, daß sich Alfons und Eduard bei dem Frühstück in Cartagena über viel harmlosere Dinge unterhalten haben, als über die Zusammenfassung eines Mittelmeerbündes. Der „Daily Graphic“ hat deshalb recht, wenn er sagt, das Auswärtige Amt in London habe gut daran getan, die „Quadrupel-Allianz“ kategorisch zu dementieren. Eine solche vierfache Allianz im Mittelmeer, die Italien einschließe, aber Oesterreich-Ungarn ausschließe, würde als provokierende Beleidigung des österreichischen Hofes, mit dem England glücklicherweise in den besten Beziehungen steht, aufgefaßt und in Berlin als Versuch, die Mitglieder des Dreibundes gegen einander aufzubringen, abel ausgenommen werden. Die Mutter des Königs Alfons, die erhabenen Einfluß auf die spanische Politik ausübe, sei eine österreichische Erzherzogin. Sie würde einer gegen Oesterreich gerichteten Politik am allerwenigsten zustimmen. Ueberdies sei König Eduard bei ihr in Cartagena zu Gast gewesen.

Aus diesen Erwägungen folge aber nicht, daß gar kein Einvernehmen zwischen den Mittelmeer-Mächten bestehe. Die Beziehungen zwischen ihnen seien sehr liberal, auch habe die Erfahrung in Algeciras gezeigt, daß gewisse Mittelmeer-Mächte gemeinsame Interessen haben und folglich geneigt seien, in gewissen Umständen gemeinsam zu handeln. Doch bis zu einer Quadrupel-Entente mit einem mehr oder weniger bestimmten Aktionsprogramm sei es noch ein weiter Weg. Das könnte stimmen.

Die Erweiterung des Nordostkanals. Der dem Reichstag zugegangene Ergänzungsetat für 1907 verlangt 15 Millionen als erste Rate für die Erweiterung des Nord-Ostsee-Kanals. 9,2 Millionen sind bestimmt für den Grunderwerb, 2 Millionen für Aufwandsentschädigung und 0,6 Millionen zum Ersatz für Wohnhäuser, die abgebrochen werden müssen, 3,2 Millionen für Projektbearbeitungen. Die Gesamt-

kosten sind auf 221 Millionen beziffert. Hierzu treten noch 2 Millionen für Zwecke der Landesverteidigung. Es ist eine Bauzeit von 7 bis 8 Jahren in Aussicht genommen. Das Kanalprofil wird eine Tiefe von 11 Metern (jetzt 9 Meter) und die Schleuse eine Breite von 44 (statt 22) Metern erhalten.

Abänderung der Gewerbeordnung. Der dem Reichstage zugegangene Entwurf betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung gefattet dashalten und die Anweisung von Lehrlingen außer den über 24 Jahren alten Meistern, auch denjenigen Gewerbetreibenden, die in ihrem Gewerbe die von der Handwerkskammer vorgeschriebene oder mangels solcher eine dreijährige Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden und 5 Jahre hindurch öffentlich ihr Handwerk selbstständig ausüben oder als Werkmeister tätig waren. Die Führung des Titels „Baumeister“ usw. wird vom Bundesrat geregelt. Inzwischen wird dessen Führung gestattet, soweit es landesrechtlich ausdrücklich erlaubt ist. Während der Uebergangszeit dürfen auch Personen, die den obigen Vorschriften nicht entsprechen, angemessene Lehrlinge ausbilden lassen. Die Befugnis zur Anweisung kann ihnen gewährt werden, wenn sie bereits 5 Jahre Lehrzeit zurückgelegt haben. Zur Meisterprüfung soll in der Regel nur zugelassen werden, wer die Gesellenprüfung bestanden und drei Jahre Geselle war, doch darf während der ersten fünf Jahre die Zulassung nicht von dem Bestehen der Gesellenprüfung abhängig gemacht werden.

Curtius in Lugnad. Der diesjährige Kaiserbejud in Straßburg hat die protestantischen Offiziere aus einem besonderen Grunde beunruhigt. Gegen die sonstige Gewohnheit ist nämlich der Konsistorialpräsident Professor Curtius vom Kaiser nicht empfangen und von der Kaiserfamilie ausgeschlossen worden. Man bringt diese Maßregel begreiflicherweise mit den Memoiren Hohenzollerns in Zusammenhang, die Curtius herausgegeben hat. Die öffentliche Meinung stellt sich auf die Seite Curtius und das Konsistorium, dem eine Audienz beim Kaiser verweigert wurde, hat nun an den Statthalter eine Eingabe gerichtet, in der es zum Ausdruck bringt, daß es nicht begreifbar wäre, wenn Curtius wegen eines Vorganges, der weder seine moralische Integrität in Frage stellt, noch mit seiner Amtstätigkeit den mindesten Zusammenhang hat, aus seiner Stellung verdrängt werden sollte. Bereits wird auch nach einer Meldung des Berl. Vol.-Anz. in maßgebenden Kreisen mit dem demnächstigen Rücktritt des Konsistorialpräsidenten gerechnet.

Die badische Sozialdemokratie hat am Sonntag in Freiburg ihre Landesversammlung abgehalten. Dabei wurde die Einleitung einer allgemeinen Agitation für das direkte Gemeindevahlrecht beschlossen. In der Erörterung des mit Schenckels Rücktritt begonnenen Ministerwechsels ist der Reichs- und Landtagsabgeordnete Frank der Ansicht, die Periode der politischen Ministerien sei überhaupt zu Ende; auch für Baden beginne mit Bodmann ohne eigentliche Rechtsschwenkung eine Ära der Beamtenministerien nach Art der preussischen Oberpräsidenten, die ihre Weisungen mehr aus Berlin als Karlsruhe empfangen. Landtagsabg. Kolb führte im Gegenzug dazu aus, gerade ein Beamtenministerium mit härterer Rücksicht auf Berliner Wünsche bedeute eine Rechtsschwenkung. Der Antrag, den Landesvorstand von Karlsruhe wieder nach Mannheim zu verlegen, wurde mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Der nächste Parteitag soll in Dittelsdorf sein.

Tages-Chronik

Berlin, 27. April. Die freijünglichen Parteien beantragen zum Etat des auswärtigen Amtes eine Vereinheitlichung des Wechselrechts der für den Wechselverkehr vorwiegend in Betracht kommenden Staaten. Ein Antrag Pompejch (Fr.) verlangt die periodische Vorlegung von Urkundenmaterial über die internationalen Beziehungen des Reiches.

Berlin, 27. April. Der Termin für die allgemeine Berufs- und Betriebszählung ist vom Bundesrat auf den 12. Juni d. J. festgesetzt. Die Zählung findet im Sommer statt, um die deutsche Volkswirtschaft in möglichst günstiger Entwicklung aufzunehmen.

Berlin, 27. April. Die Nordd. Allg. Zeitung schreibt: Im Anschluß an das Ergebnis des Disziplinarverfahrens gegen den Gouverneur v. Puttkamer werden in der Presse verschiedene unzutreffende Mitteilungen verbreitet. Es ist unrichtig, daß gegen Puttkamer ergangene Urteil bereits Rechtskraft erlangt habe. Ueber die Frage, ob Puttkamer, wenn auch nur auf kurze Zeit, als Gouverneur nach Kamerun zurückkehren wird, ist eine endgültige Entscheidung an ausländiger Stelle noch nicht getroffen.

Karlsruhe, 28. April. Die Karlsruher Zeitung meldet: Die durch verschiedene Blätter verbreitete Nachricht über angebliche weitere Änderungen in der Zusammenfassung des Staatsministeriums entbehrt jeder Begründung.

Aus Mittelfranken, 18. April. Die jüngst in der Kreisstadt erhaltene demokratische Organisation hat sich nunmehr den Namen „Verein der Deutschen Volkspartei für Ansbach und Umgebung“ beigelegt.

Tschita (Transbaikalien), 27. April. In der vergangenen Nacht wurde hier eine Mine entdeckt, die unter einem Kassengebäude der städtischen Kammererei gelegt war. 4 Täter wurden noch an Ort und Stelle verhaftet, 4 andere, der Beihilfe Verdächtige sind ebenfalls festgenommen worden.

Tanger, 28. April. Kriegsminister El Torres wies die Zollbehörden in Tanger, Casablanca und Mogador an, Material für drahtlose Telegraphie passieren zu lassen.

Sonntag abend 9 Uhr entgleiste der von München kommende Güterzug 2397 vor dem Einfahrtssignal des Bahnhofes in Landsküt. Von 59 Wagen entgleisten

20, die alle mehr oder minder schwer beschädigt wurden. 2 Wagen wurden völlig zertrümmert. Bei dem Unfall erlitt der Wagenwärter Winkler von hier Querschnitten an beiden Füßen und der Bremser Eder Verletzungen im Gesicht. Die Aufräumarbeiten sind im Gange.

Wie der „Bogtländische Anzeiger“ meldet, ist in Bad Eifel das Hotel „Wettiner Hof“, das größte Hotel in Bad Eifel, aus dem seinerzeit die Prinzessin von Koburg flüchtete, vollständig niedergebrannt. Es ist wenig gerettet worden, Menschen sind nicht verunglückt. Die Ursache des Brandes wurde bisher nicht festgestellt.

In einem nahe der Stadt Görtz gelegenen Steinbruch wurden infolge Erdschutes fünf Arbeiter verunglückt. Vier Arbeiter sind tot, einer wurde schwer verletzt.

In Seesen bei Braunschweig erschlug der Zigarrenarbeiter Jochheim seinen Vater und durchschneidete sich dann den Hals. Er ist lebensgefährlich verunndet.

In ganz Nordostitalien herrscht immer noch Hochwasser. Bei Ruffstein riß der Glemmerbach tausend Kubikmeter Holz fort, in Glarbach bei Kirchbühl überschwemmte der Wildbach große Wiesenflächen. Die Aussicht auf die Genuerte ist vernichtet. In Kössen und Niederraden wurden die ebenerdigen Wohnungen wegen der Ueberschwemmung geräumt, einige Häuser verlassen, die Brücken fortgerissen.

Einem New Yorker Telegramm der Abendblätter vom Samstag zufolge ist in Baltimore ein Pier zusammengebrochen, wobei 40 Menschen umgekommen sein sollen.

Aus Württemberg.

Dienstschriften. Uebertragen: Dem Hauptlehrer Plom an der Elementarschule in Feuerbach die Reallehrerstelle an der neuerrichteten 2. Klasse Realschule in Röhlingen a. N., eine Eisenbahnassistentenstelle in Pöhltern dem Eisenbahngeschilfen Metz und in Heilbronn Hdbh. dem Eisenbahngeschilfen Heilmann, eine Schullehrerstelle in Weinslingen, Bez. Sigmaringen, dem Schullehrer Brobeck in Altheim, Bez. Waiblingen (Tübingen), die erste Schullehrerstelle in Tübingen, Bez. Tübingen, dem dortigen zweiten Schullehrer Krimmel, die zweite Schullehrerstelle in Leinfelden Bez. Langenburg dem Unterlehrer Albert Danner in Bödingen, die erste Schullehrerstelle in Münsingen dem dortigen zweiten Schullehrer Stolz, die zweite Schullehrerstelle dem dritten Schullehrer Käßle, die dritte Schullehrerstelle dem Schullehrer Drück in Hornberg, Bez. Calw, eine Schullehrerstelle in Grotzingen, Bez. Heilbronn, dem Schullehrer Latzenberger in Tammingen, Bez. Tübingen, eine Mädchenmittelschullehrerstelle in Subwiesing dem dortigen Schullehrer Schröder, die erste Schullehrerstelle in Owen dem dortigen zweiten Schullehrer Schmid; je eine Lehrstelle an der lathol. Volksschule in Schramberg, Ost. Oberndorf, dem Schullehrer Ludwig Stumpff in Hohenstadt, Ost. Kolen, in Spaltingen dem Schullehrer Gebhard Epple in Neuenhausen, Ost. Tübingen.

Bestellt: Die Eisenbahnassistenten Alfred Maier in Stuttgart nach Heilbronn Hdbh. und Otto Maurer in Schramberg nach Ost. je auf Ansuchen.

Vom Landtag. Die Finanzkommission der Zweiten Kammer beendigte am Samstag in einer Nachmittagsitzung die zweite Lesung des Etats des Departements des Jannern. Auf Antrag des Berichterstatters Haug wurde mit 8 gegen 3 Stimmen beschlossen, die Bitte der Oberamtssekretäre um Schaffung von Expeditorstellen bei den Oberämtern im Sinne einer Anreicherung von einer oder zwei weiteren Gehaltsstufen der königlichen Regierung zur Erwägung mitzutheilen. Des weiteren wurde einstimmig beschlossen, die Eingabe der staatlichen Walzmeister betreffend Verbesserung ihrer Gehaltsverhältnisse der königl. Regierung zur Erwägung mitzutheilen. Beim Kapitel des Etats des Landjägerskorps wurden zwei Anträge des Vorsitzenden v. Kieme einstimmig angenommen, die dahin giengen: 1.) die Bereitwilligkeit auszusprechen, die Mittel zu verwilligen, welche erforderlich sind, um für das Korps der Landjäger und Stationskommandanten je von der niederen in die höhere Klasse der Lohnung das Dienstaltersystem mit dreijährigen Borrückungsfristen einzuführen; 2.) der königl. Regierung die Vereinigung der verschiedenen Bezüge (Lohnung, Dienstalters und Präsenzzulagen) der Landjäger und Stationskommandanten zu einem einheitlichen festen Gehalt unter Aufhebung der Bezüge zur Erwägung zu geben. Im übrigen wurden die Beschlüsse erster Lesung beantragt. Die Legitimations-Kommission der Zweiten Kammer hat heute die kürzlich zurückgestellte Abstimmung über die Ansetzung der Abgeordnetenwahlen in Münsingen und Stuttgart vorgenommen. Während die Wahl in Stuttgart einstimmig für gültig erklärt wurde, erfolgte die Gültigkeitserklärung der Münsinger Wahl mit 6 gegen 1 Stimme und 2 Stimmenthaltungen. Demgemäß bringt die Kommission folgenden Antrag an das Haus: Die Wahlen in Münsingen (Dr. Mülling) und Stuttgart (v. Gauß) sind für gültig erklärt.

Nachträge zum Finanzetat. Dem Präsidium der Zweiten Kammer ist ein Dritter Nachtrag zum Hauptfinanzetat für 1907/08 übergeben worden. Hiernach sollen verwendet werden 2857000 M. und zwar 1. zur Erbauung eines neuen Landgerichtsgebäudes in Rottweil, 1. Rate 100000 M., 2. zur Erbauung eines neuen Amtsgerichtsgebäudes u. Amtsgerichtesgefängnisses in Oberndorf 181000 M., 3. zur Errichtung eines neuen Amtsgerichtsgebäudes in Waiblingen 123000 M., 4. zur Bestreitung des Aufwandes infolge der I. Uebernahme der oberamtlichen Gefängnisse auf den Staat, 1. Rate 100000 M., 5. zur Erweiterung der Heilanstalt Binnental, 1. Rate 300000 M., 6. zur baulichen Erweiterung der Frauenklinik der Universität in Tübingen 131000 M., 7. für die Errichtung eines Neubaus für die Bibliothek der Universität Tübingen 125000 M., 8. zur Erweiterung des physikalischen Instituts der Universität Tübingen 125000 M., 9. zur Errichtung eines Neubaus für das physikalische Institut an der Technischen Hochschule in Stuttgart, 1. Rate 200000 M., 10. zur Verbesserung und Erweiterung des Lehrerinnenseminars und Waisenhauses in Markgröningen 178000 M., 11. zur Erbauung eines Kameralamtsgebäudes in Wiberach 98000 M., 12. zur Erbauung eines Kameralamtsgebäudes in Langheim 100000 M., 13. zur Erbauung eines Kameralamtsgebäudes in Riedlingen 80000 M., 14. für Errichtung eines Neubaus für die Erste Kammer und zu baulichen Erweiterungen der Ständischen Gebäude 228000 M., 15. zu Staatsbeiträgen an die Stadtgemeinde Gmünd für Errichtung eines Fachschulgebäudes für die Edelmetallindustrie und einen Sammlungsgebäudes 164000 M., 16. zur Aus-

führung von landwirtschaftlichen Restorationen und von Straßen- u. Flußbauten beaufschaffung von Arbeitsgelegenheit für nothleidende Weingärtner 350000 M., 17. zu Staatsbeiträgen an Gemeinden zu den Baukosten ihrer höheren Schulen 80000 M. — Sodann ist dem Präsidium der Zweiten Kammer auch ein Vierter Nachtrag übergeben worden. Dieser umfaßt einen Nachtrag zum Statskapitel 81 Tit. 37, betr. den Mehrbedarf für Präparandenanstalten und eine hiedurch bedingte Ergänzung des Art. 2 des Finanzgesetzes; ferner einen Nachtrag zum Entwurf des Finanzgesetzes, wodurch in einem neuen Art. 9 des Finanzgesetzes bestimmt ist, daß die am 31. März 1907 verbliebenen Restschuldsigkeiten an Eintrittsgeldern und nachzuholenden Jahresbeiträgen zu den Witwen und Waisenspensionskassen der Zivilstaatsdiener, der Angestellten der niederen Latein- und Realschulen und der Volksschullehrer, sowie zu der Kasse des Unterstützungsvereins für Angestellte des Verkehrsanstalten in vollem Betrag nachgelassen werden und, soweit Zahlungen über den am 31. März 1907 verfallenen Betrag bereits geleistet sind, deren Rückerstattung erfolgen solle. Das Finanzministerium hat Vorkehrung getroffen, daß die Forterhebung der genannten Restschuldsigkeiten vorbehaltlich einer erforderlich werdenden späteren Einziehung vorerst unterbleibt.

Der Landesauschuh der Volkspartei Württembergs konstituierte sich am Freitag abend und wählte seinen jetzigen Vorstand. Vorsitzender ist demnach wieder Rechtsanwalt Dr. Elias, Stellvertreter Gemeinderat Cleß, Kassier Gemeinderat J. Fischer, Schriftführer Redakteur Junge, sämtliche in Stuttgart.

Wimsheim Oa. Leonberg, 28. April. Bei der Schultheisenwahl haben von 162 Wahlberechtigten 156 abgestimmt. Stimmen haben erhalten: Postassistent Funt aus Stuttgart 109, Schultheisenamtsverweser Esig 46. Funt ist somit gewählt. Als Seltenheit sei erwähnt, daß ein Wähler, der am 12. April 94 Jahre alt war, an der Wahlurne erschienen ist und seine Wahlpflicht erfüllt hat.

In Cannstatt fiel am Freitag abend, ein 6 Jahre alter Knabe, der am Neckarufer spielte, in den Fluß und ertrank. Obgleich der Knabe bald durch einen Fischer gelandet wurde, hatten die Wiederbelebungsversuche keinen Erfolg mehr.

Auf der Güterstelle in Ehlingen verunglückte am Samstag vormittag der verheiratete Güterbodenarbeiter Kaiser. Ein zum Verstand aufgelielter, schwerer eiserner Puffer drückte ihm den Fuß ab.

In der Nähe des Burgholzhauses bei Stuttgart war am Samstag vormittag ein Monteur auf einer 9 Meter hohen Telefonstange mit Abmontieren von Telephonleitungen beschäftigt. Beim Lösen der letzten Leitung fiel die Stange mit dem Monteur um, so daß letzterer ansehnlich schwere innere Verletzungen erlitt.

Ein eigenartiger Unfall ereignete sich in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag in Ludwigsburg. Die Bahnhofstraße wurde durch die Dampfstraßenwalze gewalzt. Infolgedessen brach auf der Straße ein Gasrohr und das Gas drang in zwei Häuser ein. Mehrere Personen erkrankten während des Schlafes an Gasvergiftung und mußten ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen. Lebensgefahr ist keine vorhanden. Das defekte Rohr wurde ausgetauscht.

Beim Spielen mit einem geladenen Terzerol am Siegelberg bei Büffenhausen schoß sich ein 12jähriger Knabe die Kugel in den Unterleib. Der Junge wollte das gefährliche Spielzeug laden und stemmte sich dabei die Mündung gegen den Leib. Der Knabe mußte in ein Stuttgarter Krankenhaus gebracht werden.

In Reilingen a. Ch hat sich infolge zerrütteter Familienverhältnisse ein dem Trank ergebener dortiger Bürger die Pulsader aufgeschnitten und starb alsbald an Verblutung. Der Selbstmörder war 68 Jahre alt.

Gerichtssaal.

Urach, 27. April. Ein Reisinger Bürgersohn, welcher sich wegen einer geringfügigen Sache vor dem Schöffengericht verantworten mußte, wurde wegen Verleitung zum Meineid in Haft genommen, weil er den beigebrachten Zeugen für sein Alibi zum Meineid verleitet haben soll.

Berlin, 27. April. Der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Franz Weber, wurde heute von der Strafkammer wegen öffentlicher Beleidigung des Präsidenten der Eisenbahndirektion in Essen zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 4 Wochen Gefängnis beantragt.

Handel und Volkswirtschaft.

Der Saatensand in Württemberg im April. In den milderen Gegenden des Landes sind die Winterfrüchte im Allgemeinen gut durch den Winter gekommen und entwickelten sich kräftig, während sie dort, wo der Schnee lange liegen blieb, insbesondere auf der Alb, im Schwarzwald und auch in Oberschwaben sehr nothlitten haben. Bleisach sind dort die Winterfrüchte unter der dicken Schneedecke geradezu erstickt und gänzlich vernichtet. In manchen Gegenden ist ein großer Teil der Winterfrüchte bis zu zwei Dritteln und noch mehr ungepflügt worden. Im Erhebungsbezirk Freudenstadt (Sonnensand) beispielsweise mußten bei Winterreggen durchschnittlich 80 bis 90 Prozent, bei Dinkel bis zu 30 Prozent, bei Weizen bis zu 50 Prozent umgebrochen und frisch angefaßt werden. Die gleichen Unterschiede zeigt der Stand des Klees. In den milderen Gegenden stehen die Kleefelder zum Teil gleichmäßig gut, während sie in den rauheren Landestheilen zum Teil ebenfalls hart ausgewinternt sind. Die Wiesen sind im Allgemeinen noch unruhig und zur Zeit läßt sich noch nicht viel darüber berichten. Die Frühjahrspflanzung ist dank der günstigen Witterung Ende März bis Anfang April gut vorangetrieben gegangen. Zum Teil sind die Sommerfrüchte schon aufgegangen. Auch mit dem Regen der Partoffeln in Mitte April allenthalben begonnen worden. Aus einer großen Anzahl von Bezirken wird berichtet, daß die Feldmäuse, welche unter der schützenden Schneedecke gut durch den Winter gekommen zu sein scheinen, beträchtlichen Schaden verursacht haben, hauptsächlich in Roggen- und Kleefeldern, so daß zum Teil neue Befehlungen notwendig wurde. Auch über Schaden durch Schneckenraß in Roggenfeldern wird mehrfach berichtet. Im einzelnen war der Stand der Saaten folgender: Winterweizen 27, Winterdinkel 28, Winterroggen 32, Klee 29, Luzerne 26, Bewässerungswiesen 25, andere Wiesen 26.

Schorndorf, 28. April. Im Remstal stehen die Kirschbäume in Blüte. Die Blüten sind heuer etwa 8 Tage später aufgebrochen wie im Vorjahre, was nur von günstiger Wirkung auf die Entfaltung der Blüte sein kann.

Vom Kinzigtal, 27. April. Von Laufach an abwärts stehen die Kirschbäume in schöner Blüte.

Aus Stadt und Umgebung.

*** (Der neue Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif.)**
(Fortsetzung.) Eine Unterbrechung der Reise ist auch nach dem neuen Tarif gestattet, jedoch fällt die bisherige Befreiung der Fahrtunterbrechung auf den Stationen weg. Auf sämtlichen deutschen Bahnen wird freigelegt auf Reisegepäck künftig nicht mehr erwährt. Für Sendungen bis zu 25 Kilo. beträgt die Gepäckfracht auf Entfernungen bis 50 Kilo. 0,20 M., von 51—300 Kilo. 0,50 M. und von über 300 Kilo. 1,00 M. Die übrigen Sätze des Gepäcktarifs gestalten sich mit wenigen Ausnahmen erheblich niedriger als die bisherigen Tarifnormen und stellt die Einfachheit des neuen Tarifes eine wesentliche Bescheu-

nigung der Abfertigung in Aussicht. Auch in der Beförderung der fliegenden Fahrzeuge (Fahrräder) treten Änderungen in der Weise ein, daß z. B. einseitige Zweiräder — einschließlich Motorräder — auf Entfernungen bis 100 Kilo., nach Wahl des Reisenden entweder gegen Lösung von Fahrradkarten oder auf Gepäckschein abgefertigt werden. Bei Entfernungen von über 100 Kilo. erfolgt die Abfertigung stets auf Gepäckschein. Für Aufgabe eines einseitigen Zweirades als Gepäck ist eine Fracht von 30 Pfg. (bis 50 Kilo.) oder 50 Pfg. (von 51 bis 100 Kilo.) zu zahlen. Die zusammenstellbaren Fahrradscheinhefte mit den kilometrischen Einheitsfähren bleiben im Verkehr und gelten bis auf weiteres zur Fahrt in allen Zügen. In den Preisen für Schüler-, Arbeiter- und Schulfahrkarten treten keine Änderungen ein.

Der Personen- und Gepäckverkehr mit dem Auslande erfährt am 1. Mai 1907 zunächst noch keine Änderung, da dieser Tarif erst an einem späteren Zeitpunkte umgearbeitet wird.

Inserate für die laufende Nummer müssen, um rechtzeitig Einrückung bewirken zu können, ab 1. Mai schon tagdavor eingekauft werden, da die Drucklegung unseres Blattes von diesem Zeitpunkte an erheblich früher erfolgt.

Druck und Verlag der Verh. Hofmannschen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortl. Redakteur: E. Reinhardt, daselbst.

Wildbad.

Brücken-Sperre.

Die unterm 22. ds. Mts. bis zum 30. April bekannt gegebene Sperre der Wildmannsbrücke für den Fuhrwerksverkehr wird bis nächsten Samstag den 4. Mai verlängert.
Den 29. April 1907. Stadtschultheißenamt: Bähler.

Bewerber-Aufruf.

Die Bewerber um eine **Dienstmannstelle** für die Saison 1907 haben sich unter Nachweisung ihrer Kauionsfähigkeit bis längstens 4. Mai ds. Js. bei der unterzeichneten Stelle zu melden.
Wildbad, den 29. April 1907. Stadtschultheißenamt: Bähler.

Ab 1. Mai 1907

kostet bei den hiesigen Metzgermeistern
1 Pfund Ochsenfleisch 84 Pfg.
" Kalbfleisch 84 Pfg.
" Schweinefleisch 78 Pfg.

Wegen Umzug

billig zu verkaufen:
1 Plüschgarnitur, 1 Konsolspiegel,
1 Tisch, 1 Gaslüstre (3armig), 1 Regulatur,
1 Spiegel mit Goldrahmen,
1 Nachttisch, 1 Staffelei.
Zu erfragen in der Exped. ds. Bl. (426)

Großer reeller Möbel-Ausverkauf
wegen Umzug.

Für Brautleute günstigste Gelegenheit!
Komplette Aussteuer, von einfach bis feinst
Polsterwaren, Spiegel u. Stühle in reicher Auswahl.
Möbelhaus **Erh. Reinhold**
westl. Karl-Friedrichstraße 96.

Deutschland-Fahrräder

sind preiswerte Qualitätsmaschinen durch unbegrenzte Haltbarkeit und leichtesten Lauf **allen überlegen!**
Anerkannt leistungsfähigste Bezugsquelle für Fahrrad-Zubehörtelle Nähmaschinen, Waffen, Uhren, Sport- u. fotogr. Artikel, Musikinstrumente etc. Preisliste kostenfrei.
August Stukenbrok Einbeck
Ältestes u. größtes Spezialhaus für Fahrräder u. Pneumatics

Nigrin

gibt jeder Art Schuhzeug prächtigen nicht abfärbenden Hochglanz!

Dentist E. Zittel, Wildbad

wohnt jetzt Hauptstrasse 75 neben Hotel gold. Stern.

Schönes gutes Rindfleisch

das Pfund zu 58 Pfg. empfehlen die Metzgermeister Treiber und Munding.

Gefunden

wurde eine Geldbörse im Inhalt. Der rechtmäßige Eigentümer kann dieselbe im Spital abholen.

Laden

in der Hauptstraße, nahe am Kurplatz, per 15. Mai zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. 424
Ein unmöbliertes

Zimmer

zum Aufheben von Möbeln wird in gutem Hause bis 1. Mai gesucht. Näheres in der Exped. 425

Acker

beim Cavollweg, hat zu verpachten. Chr. Schill, Baugeschäft.

junge Frau

sucht Stelle zum Servieren oder zur Stütze einer Hausfrau. Näheres in der Exped. (426)

Gemüse.

Sämtliche Gemüse als Blumenkohl, Rosenkohl, Kopfsalat, Lattich, Ackerjohannis, Kress, Spinat, Radieschen, Rettich, gelbe und rote Rüben, Kohlrabi, Schwarzwurzel, Meerrettich, Weiß- und Blattkraut, Wirsing u. s. w. hält fortwährend auf Lager und empfiehlt zu geneigter Abnahme.

Job. Köhle.
Gemüsehdlg. Hauptstr. 135.
Ferner empfehle Kartoffeln und frische Eier. Der Obige.

Fertige Strümpfe, Socken, Längen, Kinder-Strümpfe

mit Knieverstärkung, Kinder-Rittel, gut und schön gestrikt, empfiehlt Frau Flaschner Beck. Im Maschinesticken von Strümpfen z. empf. sich die Obige

Zitronen und prima süße Blut-Orangen

sind frisch eingetroffen bei Adolf Blumenthal.

Die Weinhandlung

von **Chr. Kempf** empfiehlt ihr großes Lager in reingehaltenen **Weiß- & Rotweinen**

Ia. Bügelfohlen

à Packet 20 Pfg. empfiehlt **W. Fuchsolcher.**
Schweineeschmalz empfiehlt **Chr. Batt.**

Geschwister Freund

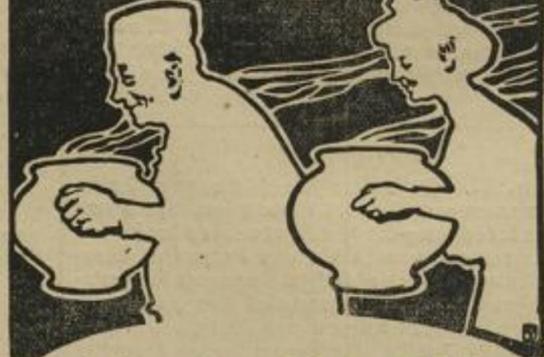
empfehlen das Neueste in Herrenwälsche, Kragen, Manschetten, weißen und farbigen Vorhemden, Hosenträgern, Herrenhemden und Nachthemden. Desgleichen das Neueste in Herren-Krawatten in großer Auswahl zu den billigsten Preisen.

Cafe und Konditorei Lindenerger, Kgl. Hoflieferant
neben Hotel de Russie.
ältestes Geschäft am Platze.
Offene Weine und Liköre, Champagner etc.
Grösste Auswahl in Reisegegenständen
Cokolade, Desserts, Bonbons, Backwerk.
Bestellungen prompt hier und auswärts.

Ausverkauf.

Halte gegen Barzahlung von heute an bis 1. Mai einen Ausverkauf in fertigen Herren- und Knaben-Kleidern ab zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Robert Nieginger.

Ein Hochgenuss!



Columbus-Eiernudeln Prinzess-Maccaroni
Pfund 50 Pfg. (gesetzlich geschützt) — Pfund 50 Pfg.
Ueberraschend delikate Neuheiten der Heilbronner Nahrungsmittel-Fabriken Otto & Kaiser stets frisch zu haben bei:
Ludw. Kappelmann Wildbad | Fr. Treiber, Wildbad
G. Lindenerger Kgl. Hofl. Chr. Höger, Calmbach
D. F. Treiber in Wildbad. | Gottl. Kähler, Calmbach.

Neu eingetroffen:

sind wieder abgepaßte Stoffe zu Damenkleidern, Blusen, Schürzen, Bettjaken, Hemden, Bettbezügen z., ferner Waffelbettdecken, Jacquarddecken, Tischdecken, Betttücher, Handtücher und verschiedene andere Artikel. Grösste Auswahl zu den bekannten billigen Original-Einheitspreisen. Eine schöne Musterkarte mit Damenkleidern und Blusenstoffen, die neuesten Dessins enthaltend, liegt zur gefl. Benützung auf. Zu geneigter Abnahme hält sich empfohlen
Fr. Schulmeister.

Nähmaschinen!!

für Gewerbe und Familiengebrauch, zum Nähen, Stopfen und Kunststicken, sowie alle **Zubehör- und Ersatzteile** für alle Systeme, in Qualität erstklassig, im Preise billig, empfiehlt **Hch. Bott.**

